

Jetzt «stolpert» man in der Marktgasse über drei Mahnmale

Holocaust-Erinnerung Am Mittwoch wurden in der Altstadt drei Stolpersteine eingelassen. Sie erinnern an eine jüdische Mutter und ihre zwei Töchter, die von den Nazis in Theresienstadt und Auschwitz ermordet wurden.

Deborah von Wartburg

Katja Demnig legt die drei Steine vorsichtig ins Loch im Boden und verankert sie sanft mit dem Gummihammer. Katja Demnig ist Mitinitiantin der internationalen Stolperstein-Bewegung und hatte am Mittwochnachmittag die Ehre, die ersten drei Stolpersteine von Winterthur in den Boden zu lassen. Die aus Beton gegossenen Steine sind mit einer Messingtafel beschlagen. Darauf stehen die Namen Therese Levitus, Lina Levitus und Bertha Weidler sowie einige Lebensdaten der drei Frauen.

Das entzogene Bürgerrecht

Therese Levitus und ihr Mann Karl lebten mit Tochter Frieda zwischen 1893 und 1908 in Winterthur an der Marktgasse 45. Hier kamen drei weitere Töchter – Bertha, Lina und Martha – sowie Sohn Edwin zur Welt. Nach der Scheidung wanderte Karl in die USA aus. Der Rest der Familie zog nach Zürich, war durch die Heirat jedoch seines Schweizer Bürgerrechts beraubt, weil Karl aus Prag stammte. In Zürich hielt sich Therese Levitus als Näherin über Wasser und vermietete Zimmer an Prostituierte. Die Töchter Lina und Martha wurden 1913 wegen Prostitution verhaftet.

Bis auf Frieda, die einen Schweizer heiratete, musste die ganze Familie das Land verlassen. Lina reiste bereits 1910 nach Tschechien aus. Im Jahr 1942 wurden Bertha, Lina und The-



Bei der Stolpersteinverlegung am Mittwochnachmittag kam andächtige Stimmung auf. Foto: Enzo Lopardo

rese aus Prag in die Konzentrationslager Theresienstadt und Auschwitz deportiert, wo sie von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Das Schicksal von Martha ist nicht dokumentiert. Frieda bewahrte ihre Heirat mit einem Schweizer vor der Ausrei-

se. Edwin überlebte und war 1946 in Frankreich registriert, wo er für den Rest seines Lebens blieb.

Stolperstein als Mahnmale

Der Winterthurer Historiker Miguel Garcia recherchierte die Geschichte der Familie Levitus und

initiierte den Stolperstein. Er sagte: «Winterthur war der Ort, der ihrem Zuhause am nächsten kam.» Dass man in Winterthur an Opfer des Nationalsozialismus erinnere, solle aber auch als Gegenpol zu rechtsradikalen Strömungen in Vergangenheit

und Gegenwart gesehen werden. Er wies auf die «Junge Tat» hin, die in Winterthur kürzlich Schlagzeilen machte.

Bei der Stolpersteinlegung mussten die Medien eine Sperrfrist beachten – auch als Vorkehrungsmassnahme. Olaf Oss-

mann, Vorstand und Sicherheitsbeauftragter der israelitischen Gemeinde Winterthur, sagte: «Es gab keine Anzeichen für eine geplante Störung. Doch wir wissen, dass Winterthur ein Hotspot von rechtsradikalen Gruppierungen ist.» Auf dem Radar habe man zudem islamistische und linksradikale Gruppen sowie Verschwörungsgläubige beobachtet.

Ein dreifacher Tod

Immer wieder mussten die rund achtzig Anwesenden Platz machen, weil aus dem Orell-Füssli-Buchladen oder der Tür nebenan Passanten rauskamen, die kurz irritiert schauten und sich dann schnell wegschlichen. Trotzdem kam andächtige Stimmung auf. Dazu trugen auch die Klezmer-Stücke bei, die der Musiker Geri Züger auf der Klarinette spielte. Als er zu einem besonders wehmütigen Stück ansetzte, musste eine betagte Frau das Taschentuch zücken, und eine der Schülerinnen setzte die Sonnenbrille auf, obwohl keine Sonne schien.

Ossmann sagt, der Stolperstein sei wichtig für die israelitische Gemeinde. «Im Judentum glauben wir, dass der Mensch dreimal stirbt: wenn sein Herz stillsteht, wenn die Seele seinen Körper verlässt und wenn sein Name zum letzten Mal gesprochen oder gedacht wird.» Insbesondere die Opfer der Shoah sollten nicht vergessen werden. «Weil sie uns daran erinnern, dass so etwas nie wieder passieren darf.»

Stadt startet Offensive, um Menschen mit Behinderung gleichzustellen

Gleichstellung Eine Studie zeigt auf, dass die Stadt die UNO-Behindertenrechtskonvention längst noch nicht richtig umsetzt. Mit einem «Aktionsplan» will die Stadt vorwärtskommen.

Dass sich der Alltag für Menschen mit einer Behinderung zäh gestalten kann, das kann sich wohl jeder und jede vorstellen. Wie sich dies tatsächlich anfühlt, wiederum die wenigsten. Mit ihren «Aktionstagen», die am Wochenende starteten, will die Behindertenkonferenz Kanton Zürich das ändern. Sie halb blind in der Öffentlichkeit zu bewegen und sich gar an einen Hotspot wagen? Stadtparlamentarierin Christa Helbling (SP) hat den Selbsttest gemacht.

Mit einer Brille, die eine starke Sehschwäche simuliert, hat sie zunächst den Stadtpark durchquert. «Das war schon sehr anstrengend», erzählte sie am Montag im Parlament. Der Gang über den Bahnhofplatz aber habe ihr dann einen regelrechten «Adrenalinanstoss» verursacht. Und wie brenzlich es werde, wenn man im Rollstuhl am Ende eines Fussgängerstreifens vor einer Trottoirkante stehe, wisse sie nun auch. Auch Annetta Steiner (GLP) und Kaspar Vogel (Die Mitte) haben den Realitätscheck mit Handicap gewagt. Wo muss die Stadt nachbessern? Wo

muss sie Hindernisse für Menschen mit einer Behinderung abbauen, um sie damit gleichzustellen, zu schützen und vor Diskriminierung zu bewahren? Anders formuliert: Wie will Winterthur die UNO-Behindertenrechtskonvention umsetzen, die in der Schweiz vor sechs Jahren in Kraft trat? Das wollten Silvana Näf (SP), Daniela Roth-Nater (EVP) und Florian Heer (Grüne) vom Stadtrat wissen und hakten in einer Interpellation nach. Der Stadtrat scheint das Thema ernst zu nehmen. Für die Legislatur 2022 bis 2026 ist es als Schwerpunkt gesetzt.

«Erheblicher Nachholbedarf»

Anstoss dazu gab auch eine Studie, die man bei der ZHAW in Auftrag gab. Diese ortete in Winterthur «erheblichen Nachholbedarf». Mitunter fehlten eine Übersicht zum Status quo, der gesetzliche Rahmen, um etwas zu bewegen, der regelmässige Austausch mit den Betroffenen – konkrete Pläne und verbindliche Vorgaben sowieso, praktisch in allen Bereichen. In der

Kommunikation, bei den Bauten, in der Schule oder bei der Kinderbetreuung. 16 Empfehlungen der Studie liegen nun auf dem Tisch.

Mit einem «Aktionsplan» – ähnlich wie ihn der Regierungsrat letzte Woche verabschiedet hat – will die Stadt nun vorwärtskommen. «Denn bis heute haben wir uns erst am Rand mit dem Thema beschäftigt», hielt Helbling fest. Von ihrem 80-Prozent-Pensum wendete die städtische Diversity-Fachstelle bisher lediglich 5 Prozent für die Gleichstellung von Leuten mit einer Behinderung auf. Deutlich zu wenig, da war man sich im Parlament von links bis rechts einig. Allerdings nicht unbedingt, um wie viel die Fachstelle künftig aufgestockt werden soll.

Die Studie empfiehlt 250 zusätzliche Stellenprozent. Helbling schlug 80 bis 100 Prozent vor, Kaspar Vogel (Die Mitte) befand 60 Prozent für realistisch, und Stadtpräsident Michael Künzle (Die Mitte) lag dazwischen.

«Es geht hier nicht um Sonderrechte, sondern um glei-

che Rechte für alle», betonte Roth-Nater. Und Sarah Casutt (AL), dass die Einbindung von Personen mit Behinderung ein Menschenrecht sei und nicht einfach «nice to have». Zentral sei zudem, den Aktionsplan gemeinsam mit den Betroffenen auszuarbeiten, was Künzle schliesslich auch in Aussicht stellte. Annetta Steiner schlug vor, die Fachstelle gleich in «Diversity und Gleichstellung» umzutaufen. «Das Thema muss in die Köpfe der Leute.»

Die nächste Budgetdebatte kommt bestimmt, und die Finanzlage der Stadt bleibt schief. «Sie haben A gesagt, sagen Sie beim Budget dann auch B», appellierte Michael Künzle daher an den Rat.

A und B zur Inklusion von Hörbehinderten gesagt haben bereits die Organisatorinnen der Musikfestwochen, die auch in der Debatte lobend erwähnt wurden. Das Konzert des Mundartreggae-Künstlers Phenomden wurde auf der Bühne live in Gebärdensprache übersetzt.

Till Hirsekorn

Vorzeige-Start-up in Turbulenzen

Start-up 50 «Conreal»-Mitarbeitenden wurde gekündigt. Die Chefs wollen weitermachen.

Das Wachstum von Conreal war sagenhaft: Im März 2020 gegründet, zählte das Immobilien-Start-up zwei Jahre später bereits fast 50 Mitarbeitende in Winterthur und 20 Softwareentwickler im Ausland. Auch diese Zeitung schrieb über das Jungunternehmen, das die Baubranche aufmischen wollte. Nun gerät die Erfolgsgeschichte ins Stocken. Wie das Branchenportal «Inside Paradeplatz» am Mittwoch schreibt, hat Conreal letzte Woche allen Mitarbeitenden gekündigt.

CEO Christoph Meili bestätigte das: «Eine prophylaktische Massnahme.» Allerdings sei die Firma nicht am Ende; sie stelle sich neu auf, in kleinerer Form. Für knapp ein Dutzend Mitarbeitende habe man bereits Anschlusslösungen gefunden, nächste Woche sollen weitere Mitarbeiter wieder eingestellt werden, sofern Investoren eine Brückenfinanzierung ermöglichen. Den Firmensitz im «Home of Innovation» in Winterthur-Töss will man beibehalten.

Schwieriges Kredit-Umfeld

Gemäss «Inside Paradeplatz» waren der Hintergrund der dro-

henden Pleite geplatze Verkaufsgespräche mit den Branchengrössen Sanitas Troesch und Baubedarf Richner. Meili sieht das anders. «Das Finanzierungsumfeld für Start-ups hat sich in den letzten sechs bis neun Monaten komplett verändert.» Stichwörter sind Krieg, Strompreise, Zinsen, Rezessionsangst.

«Sehr unangenehm aber nicht das Ende.»

Christoph Meili
Mitgründer und Co-Geschäftsleiter

Die aktuell turbulente Phase sei «äusserst unangenehm», aber typisch für Start-ups.

Meili glaubt an das Weiterleben der Firma. Das Kernstück, die Internetplattform, auf der Conreal Bauherren, Handwerker und Zulieferer zusammenbringt, biete einen echten Mehrwert. Nach eigenen Angaben sind dort bereits 90 Handwerksbetriebe und 60 Zulieferer vertreten.

Michael Graf